

«Die Euphorie über KI ist gefährlich»

Neues Buch Es sei nicht intelligent, sich von künstlicher Intelligenz abhängig zu machen, warnt Ökonom Mathias Binswanger. Es entstehe eine unheilige Allianz zwischen Wirtschaft und Staat.

Armin Müller

Herr Binswanger, praktisch alle Unternehmen arbeiten am Einsatz von künstlicher Intelligenz. KI werde uns die Arbeit erleichtern, heisst es. Werden wir bald viel produktiver?

Das glaube ich kaum. Viele Güter und Dienstleistungen kann man dank KI mit weniger Arbeitsaufwand produzieren. Aber wenn wir die Unternehmen als Ganzes anschauen, stimmt das nicht.

Warum?

Weil gleichzeitig die Bürokratie zunimmt. Es entstehen einfach mehr Jobs in Bereichen wie Verwaltung, Organisation, Controlling, Regulierung oder Beratung. Würde die Produktivität tatsächlich gesamtwirtschaftlich stark zunehmen, hätten wir bald eine hohe Arbeitslosigkeit.

Man könnte ja die KI für sich arbeiten lassen, dafür mehr Ferien und Freizeit geniessen und früher in Pension gehen.

So funktioniert das nicht. Wenn wir die KI zum Beispiel Busse und Lastwagen steuern lassen, dann braucht es viel weniger Chauffeure. Die Chauffeure müssen sich andere Jobs suchen, um ein Schrumpfen des BIP und damit der Einkommen zu verhindern.

Das nennt man Strukturwandel, und der hat in der Vergangenheit gut funktioniert. Der Computer hat kein Heer von Arbeitslosen verursacht.

Weil wir uns in der Schweiz schon lange auf diesem Weg befinden. Wir sollten hierzulande eher von Bruttoinlandorganisation sprechen als von Bruttoinlandprodukt. Den Einfluss von KI muss man differenziert sehen. In der Produktion wird Arbeit eingespart. Aber in der Verwaltung tendiert KI dazu, mehr Jobs zu schaffen.

Warum?

KI funktioniert nur, wenn man sehr viele Daten hat. Dazu muss man möglichst alles in Echtzeit vermessen und über Sensoren, Kameras und Mikrofone erfassen. Die Menge der Daten steigt viel schneller als die Möglichkeiten, sie zu verarbeiten. Es braucht also mehr Leute, die sich mit den Daten und ihren neuen Verarbeitungsmöglichkeiten beschäftigen.

Die Bürokratie wächst nicht trotz, sondern wegen KI?

Die Datenflut erhöht die Komplexität. Um sie zu bewältigen, braucht es noch mehr bürokratische Massnahmen wie Richtlinien, Regulierungen, Gutachten, Zertifizierungen und Expertisen.

KI kann vieles leichter und sicherer machen. Was ist dagegen einzuwenden?

Sicherheit und Bequemlichkeit sind die zwei Hauptargumente, mit denen man die Menschen überzeugt, sich von KI steuern und überwachen zu lassen. Da wird uns eine schöne neue Welt vorgegaukelt. Bequemlichkeit und Sicherheit haben einen Preis: die weitgehende Aufgabe der Privatsphäre. Denn KI funktioniert nur, wenn man überall Daten in Echtzeit hat über das Verhalten von Menschen und Systemen.



«Die Datenflut erhöht die Komplexität. Um sie zu bewältigen, braucht es noch mehr bürokratische Massnahmen wie Richtlinien, Gutachten und Expertisen», sagt Mathias Binswanger. Foto: Susanne Keller

«Der Staat wird immer die Vorteile von KI betonen und die Nachteile herunterspielen.»

Haben Sie ein Beispiel?

Die KI kann uns die mühselige Arbeit beim Vergleichen von Angeboten abnehmen. Aber wie weiss ich, dass sie wirklich die für mich beste Wahl trifft? Welche ökonomischen Interessen stecken hinter dem Algorithmus?

Ich muss ihr vertrauen?

Wie der Entscheid der KI zustande kommt, ist nicht nachvollziehbar, es ist eine Blackbox. Aber die KI-Anbieter sind gewinnorientierte Unternehmen. Es wäre naiv, anzunehmen, sie würden das Verhalten der Menschen nicht auch nach ihren eigenen Interessen zu steuern versuchen.

Zum Beispiel?

Preisabsprachen sind verboten. Aber KI lernt, welche Strategien erfolgreich sind, und reagiert auf die Preise der Konkurrenz. So lassen sich ohne menschliche Absprachen gewinnsteigernde Preisstrategien durchsetzen.

Es braucht staatliche Regulierungen.

Man kann nur ein System regulieren, welches durchschaubar und kontrollierbar ist. Das ist KI eben gerade nicht. Ausserdem entsteht mit KI eine unheilige Allianz zwischen Wirtschaft und Staat.

Wie das?

Die Wirtschaft möchte möglichst berechenbare und steuerbare Konsumenten. Und der Staat möchte seine Bürgerinnen und Bürger zu normierten «Gutmenschen» erziehen, die sich an die Gesetze halten, brav ihre Steuern zahlen, gesund leben und sich ökologisch und sozial richtig verhalten.

Es wird viel investiert in sogenannte smarte Systeme. Sie warnen davor. Warum?

Will man den Energieverbrauch optimieren, übergibt man das Energiemanagement einem Anbieter, der mit KI Temperatur und Lüftung optimiert. Dazu braucht es überall Sensoren und Messgeräte. Das resultiert zwangsläufig in einer Totalüberwachung. Es wird schwierig werden, sich dagegen zu wehren.

Warum?

Der Staat hat mit dem Klima ein starkes Argument, dass zum Beispiel nicht zu viel geheizt wird. Damit sich die Menschen wie gewünscht verhalten, wird man ihnen Rabatte gewähren für richtiges Verhalten und höhere Preise für falsches. Das endet nicht im smarten Haus. Die smarte Stadt braucht ein Verkehrsleitsystem, das Staus verhindert und Treibstoff spart. Dazu braucht KI alle Daten über unsere Bewegungen.

Sie skizzieren in Ihrem Buch zum Teil recht krasse Zukunftsvisionen.

Es gibt genügend Experten, die die grossartigen Möglichkeiten von KI anpreisen. Ich will darauf auf-

Ökonom und Buchautor

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen. Er gehört zu den einflussreichsten Wirtschaftswissenschaftlern der Schweiz. In diesen Tagen erscheint das neueste Buch des 61-Jährigen: «Die Verselbstständigung des Kapitalismus: Wie KI Menschen und Wirtschaft steuert und für mehr Bürokratie sorgt». (red)

merksam machen, dass diese Versprechen eine Schattenseite haben. Es deutet wenig darauf hin, dass KI zu einer tatsächlich besseren Welt führt. Es ist nicht intelligent, sich von künstlicher Intelligenz abhängig zu machen.

Der Schutz der Privatsphäre ist auch eine Staatsaufgabe. Wird das den Einsatz von KI begrenzen?

Der Staat wird immer die Vorteile betonen und die Nachteile herunterspielen. Es wird komplizierte Datenschutzgesetze geben, und als normaler Mensch habe man ja sowieso nichts zu befürchten. Wo hin das führen kann, sieht man am Sozialkreditsystem in China.

Das ist ein totalitärer Staat. Das geht doch in der Schweiz nicht.

In China kann es die Regierung verordnen. In der Schweiz muss man den Schein aufrechterhalten, dass die Menschen das freiwillig mitmachen.

Sehen Sie dafür Anzeichen?

Zum Beispiel haben Staat und Privatwirtschaft ein gemeinsames Interesse daran, dass wir nicht mehr mit Bargeld bezahlen. Nur digitale Zahlungssysteme liefern die nötigen Daten für die KI-Systeme, die eine ständige Kontrolle und Optimierung erst ermöglichen. Man macht es den Leuten also schwerer, mit Bargeld zu zahlen, entfernt zum Beispiel Bancomaten. Dann wird weniger bar bezahlt, und schon hat man die Begründung, noch mehr Bancomaten zu entfernen und Bargeld nicht mehr überall zu akzeptieren. So wird das zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Sie glauben nicht, dass die Menschen die Freiheit der Überwachung vorziehen?

Freiheit ist ein Schönwetterkonzept. Wir haben das in der Corona-Pandemie gesehen. Sobald eine Gefahr droht, ist Sicherheit der dominierende Aspekt. Man möchte wie ein wildes Tier leben, aber in einer ganz sicheren Umgebung, wo nichts passieren kann. Wie in einem Zoo. KI scheint das möglich zu machen.

Aber es ist keine Freiheit?

Aus einem Zoo kann schnell ein Gefängnis werden. Die Infrastruktur ist schon vorhanden.

Zahlen Sie selber bar?

Ich zahle relativ viel bar. Ich will keine KI-Geräte in meinem Haus haben, keine Siri oder Alexa. Mein Auto hat möglichst wenig digitale Elemente. Ich stelle mein Handy öfter ab oder lasse es zu Hause.

Novartis holt neuen Präsidenten aus den USA

Pharma Der Konzern wird weiter amerikanisiert. Das hat Folgen für das Lohnniveau.

Der Pharmakonzern Novartis richtet sich noch stärker auf die USA aus: Der US-Italiener Giovanni Caforio soll neuer Präsident des Verwaltungsrats werden. Er war bislang Chef des Pharmariesen Bristol Myers Squibb (BMS).

«Wir sind eine weltweit operierende Firma und schauen nach den besten Leuten», sagte Novartis-Finanzchef Harry Kirsch gestern. Er stellte mit den Novartis-Quartalszahlen und der Erhöhung der Umsatzprognose fürs laufende Jahr auch Caforio an. Er soll an der Generalversammlung nächstes Frühjahr zum neuen Präsidenten gewählt werden. Bristol Myers Squibb erzielt ähnlich wie Novartis einen Umsatz von über 45 Milliarden Dollar.

Mit der Wahl Caforios wird Novartis zwei US-Amerikaner an der Spitze haben: Konzernchef Vas Narasimhan kommt ebenfalls aus den USA. Mit Caforios Zuzug dürfen sich bei Novartis auch die Gehälter weiter amerikanisieren. Der 59-Jährige hatte bei BMS zuletzt 19,7 Millionen Dollar verdient. Novartis-Chef Vas Narasimhan hat letztes Jahr 16,2 Millionen Franken bezogen und damit vor der Abstimmung über die 13. AHV-Rente Diskussionen über Einkommensgerechtigkeit ausgelöst.

Narasimhan war bei der Medienpräsentation erneut nicht dabei, sondern überliess dies seinem Finanzchef. Auch Interviews gibt er nur noch selten. Der jetzige Präsident bei den Baslern, der Deutsche Jörg Reinhardt, muss 2025 nach zwölf Jahren wegen Amtszeitbegrenzung aus dem Verwaltungsrat ausscheiden. Reinhardt bezog vergangenes Jahr 3,8 Millionen Franken als Novartis-Präsident. Das operative Geschäft von Novartis ist von Amerikanern dominiert: In der Geschäftsleitung sind fünf von elf Mitgliedern US-Bürger. Mit dem neuen Pharmachef Patrick Hober sitzt dort noch ein Schweizer.

Das Standbein von Novartis in der Schweiz ist allerdings gross: Der Konzern hat nicht nur seinen Hauptsitz in Basel, sondern auch einen wichtigen Teil seiner Forschung und Entwicklung wie auch der Produktion. Von den 76'000 Angestellten arbeiten rund 10'000 in der Schweiz. Doch verlagert Novartis immer wieder Stellen ins Ausland: Anfang April teilte der Konzern mit, dass er rund 400 Jobs in der Medikamentenentwicklung abzieht. «Wir müssen flexibel sein und unsere Prozesse optimieren», sagte Kirsch. An günstigeren Standorten in Indien oder Slowenien.

Isabel Strassheim

Positive Quartalszahlen

Der Basler Pharmakonzern Novartis ist im ersten Quartal kräftig gewachsen: Zwischen Januar und März erreichte er einen Umsatz von 11,8 Milliarden US-Dollar. Das ist ein Plus von 10 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Konzerngewinn stieg in diesem Zeitraum von 2,2 (Vorjahr) auf 2,7 Milliarden Dollar. Der Zuwachs ist gemäss Novartis vor allem der insgesamt besseren Geschäftsentwicklung geschuldet. Der Konzern erhöht in der Folge seine Ziele für das Gesamtjahr. (red)